ONLINE DOKUMENTATION

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
November 2007

www.kas.de/polen
www.kas.de

Deutsch-Polnischer Kongress Lokaler Selbstverwaltungen - Endergebnisse

1. Wir plädieren für eine konsequente Überwindung der Stereotypen in den deutsch-polnischen Beziehungen und den Abbau gegenseitiger Vorurteile sowie vertrauensbildende Maßnahmen, insbesondere in Hinblick auf Polens Beitritt zum Gebiet des Schengener Abkommens.

2. Nach der zeitweise erfolgten Abkühlung der bilateralen Beziehungen ist es dringend notwendig, konkrete Institutionen für den deutsch-polnischen Dialog zu schaffen. Außerdem gilt es den gesellschaftlichen Dialog zu erweitern und das aktuelle bzw. historische Wissen übereinander mittels der öffentlichen Medien zu vertiefen. Dies schließt eine Partnerschaft der öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten Deutschlands und Polens, aber auch die Integration Polens in TV ARTE mit ein.

3. Erhöhter Finanzierungsbedarf herrscht derzeit beim Jugendaustausch, der dazu dient, die eigene Geschichte und Tradition in gegenseitigem Austausch kennen zu lernen und ein Verantwortungsbewusstsein für die gemeinsame Zukunft zu entfalten. Ferner ist ein System zur Förderung des Polnischunterrichts für Deutsche notwendig.

4. In beiden Ländern macht sich die wirtschaftliche Marginalisierung der jeweiligen Grenzräume bemerkbar. Wir halten es für unerlässlich, unter Ermittlung der derzeitigen Faktenlage und unter maßgeblicher Beteiligung der zuständigen Ministerien sowie der Wojewodschaften Westpommern, Lubus und Niederschlesien ein Entwicklungskonzept für den deutschpolnischen Grenzraum zu erstellen, das eine Antwort auf zahlreiche Initiativen wie z.B. die „Oderpartnerschaft“ darstellt. Die Arbeiten sollten sich auf die bisherigen Leistungen der lokalen Selbstverwaltungen, Euroregionen, Schulen, Bildungseinrichtungen und gesellschaftlichen bzw. wirtschaftlichen Institutionen stützen.

5. Besonders dringend ist der Aufbau einer effizienten Infrastruktur im Verkehrsbereich. Dies betrifft vor allem:

- die Beendigung der Arbeiten am Konzept des Mitteleuropäischen Transportkorridors
- die Anpassung der Straßen- und Flussbrückennetze an die Bedürfnisse des grenzüberschreitenden Verkehrs
- die Überwindung der Krise im öffentlichen Eisenbahngrenzverkehr und bei der Wahrung der Belange der Wojewodschaften.

6. Die Zusammenarbeit der Einrichtungen der lokalen Selbstverwaltung und der öffentlichen Verwaltung beiderseits der Grenze ist zu stabilisieren, auszudehnen und rechtlich neu zu

Das Projekt unterstützten: verankern, um die systembedingten Unterschiede zu mildern. Aufgabe der Regierung ist es, die dabei auftretenden Barrieren zu liquidieren.

7. Den Arbeiten des Ausschusses für interregionale Zusammenarbeit, des Ausschusses für grenznahe Zusammenarbeit und des Ausschusses für Raumordnung im Rahmen der Deutsch- Polnischen Regierungskommission für regionale

und grenznahe Zusammenarbeit, an deren Sitzungen sowohl Vertreter der Regierungsverwaltung als auch Vertreter der lokalen bzw. regionalen Selbstverwaltungen und Euroregionen teilnehmen, kommt ein hoher Stellenwert zu. Denn dadurch wird die Anhörung verschiedenster Kreise zu den geplanten grenzüberschreitenden Maßnahmen und der Initiierung neuer Projekte möglich. Die Kommission sollte auf aktuelle Probleme im deutsch-polnischen Grenzraum reagieren. Das Augenmerk sollte dabei vor allem folgenden Bereichen gelten:

- Bildung und gesellschaftliche Kommunikation als Basis für gegenseitiges Verständnis

- Breit angelegte Infrastrukturen der Entwicklung als Instrumente wirtschaftlichen Wandels.

8. Der Berufung eines Europäischen Verbundes für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) im deutsch-polnischen Grenzraum sollten Vorarbeiten vorangehen. Der Bereich der zu ergreifenden Maßnahmen muss präzisiert werden, wobei Pilotprojekte einzuleiten sind. Der EVTZ könnte die Zusammenarbeit wesentlich verbessern, wenn seine Einführung auf eine Weise vollzogen wird, die mögliche gesellschaftliche und politische Kontroversen beseitigt. In der ersten Arbeitsphase sollte die Tätigkeit des EVTZ auf öffentliche Dienstleistungen ausgerichtet sein.

9. Notwendig ist eine unverzügliche Vereinfachung und Entbürokratisierung der Verfahren bei den im Rahmen der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit (ETZ) realisierten Projekten und allen deutsch-polnischen Basisinitiativen. Die Forderungen von Wirtschaftskreisen sind zu berücksichtigen. Von wesentlicher Bedeutung ist die grundlegende Dezentralisierung der Verwaltung von EU-Fördermitteln und die beschleunigte Rückerstattung der ausgegebenen Mittel.

10. Der Beitritt zum Gebiet des Schengener Abkommens sollte mit der amtlichen Eingemeindung zahlreicher Einrichtungen der für Grenzdienste und Regierungsverwaltung überflüssigen Infrastrukturen im Grenzraum einhergehen. Andernfalls ist nämlich zu befürchten, dass diese Objekte ähnlich wie andere liegengelassene Bestandteile des Staatsvermögens vom Verfall bedroht sein werden.

11. Die Erfahrungen der Euroregionen Pomerania, Pro Europa Viadrina, Spree-Neiße-Bober und Neiße sowie der lokalen Verbände und Gemeinden bei der Herstellung grenzüberschreitender Kontakte an der Ostgrenze sollten genutzt werden.

12. Die Teilnehmer schätzen die Ergebnisse des Kongresses als sehr wertvoll ein. Der Kongress sollte fester Bestandteil regelmäßiger Begegnungen und Dialoge werden. Zu erwägen ist ferner die Organisierung von Schulungen, mit deren Hilfe sich die lokalen Behörden laufend über neue Bedingungen und Möglichkeiten der Entwicklungsförderung informieren können.